

Der mediale Hype um den auf künstlicher Intelligenz beruhenden Textgenerator ChatGPT ging auch an mir nicht vorbei. Kurz war ich versucht, die Rückmeldung von ChatGPT zur ihm gestellten Aufgabe „Schreibe bitte einen Artikel über die Probleme im Berliner Maßregelvollzug“ hier einleitend zu verwenden, um dann mit dem Hinweis, dass dieser Text nicht menschlichem Gehirnschmalz entsprungen ist, die Katze aus dem Sack zu lassen. Aber verbietet es sich nicht, Leserinnen und Leser hinter`s Licht zu führen? Zudem enthielt der Text auch keine Novitäten, die nicht bereits im Artikel auf der Titelseite des letzten Eppendorfers standen. Weil die Texte, mit denen die künstliche Intelligenz gefüttert wurde, lediglich bis 2021 reichen, war auch nicht mit großen Überraschungen zu rechnen. Die Experimente mit ChatGPT gingen aber weiter. Gefüttert mit der Frage nach den Herausforderungen der Eingliederungshilfe in Berlin für die nächsten Jahre antwortet die KI mit Problemen der Finanzierung, den Auswirkungen des Fachkräftemangels, den Herausforderungen bei der psychosozialen Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund und den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Wer weiß, vielleicht beschreiben Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in einigen Jahren ihre Inklusionshemmnisse im Alltag in einem KI-gestützten Gespräch und der Computer bastelt daraus einen Hilfeplan inklusive Ziel- und Maßnahmenformulierungen. Vor diesem Szenario bekommt die aktuelle Diskussion um Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung vor denen auch die KI nicht gefeit zu sein scheint, eine ganz eigene, erschreckende Dimension. Einige neue Erkenntnisse aus dem Berliner Maßregelvollzug gibt es aber dank des neuen Jahresberichts der Beschwerdestelle für Psychiatrie dann doch. Die forensische Schwerpunktausgabe berichtet, neben den Beschwerden zu den bekannten baulichen Mängeln und des Personal mangels auch über deren konkrete Auswirkungen auf die Versorgung der Patienten. Moniert würden die hohen Temperaturen bei unzureichender Frischluft, fehlende Privatsphäre bei Telefonaten, die Visite falle über mehrere Wochen aus, Ergo-, Sport- und Einzeltherapien fänden häufig nicht statt. Die Bezugspersonen würden oft wechseln, eine Patientin beschreibt, dass sie innerhalb von zwei, drei Jahren 14 verschiedene Therapeuten gehabt habe. Kritik wird auch in Bezug auf die Übergänge von der Klinik in ambulante Versorgungssysteme geübt. Diese reicht von der mangelhaften Zusammenarbeit mit den Protagonisten der gemeindepsychiatrischen Strukturen bis hin zur Entlassung in die Obdachlosigkeit. Da die Probleme seit vielen Jahren bekannt sind, ist Optimismus in Bezug auf das schnelle Eingreifen der Politik vermutlich eher als naiv einzuordnen. Nun versucht man erst einmal eine gültige Wahl zu organisieren.

Hoffnung macht dagegen eine neue hochrangige Stellenbesetzung in Berlin. Nachdem der langjährige Psychiatriebefauftragte des Landes im November 2021 den Posten eines Staatssekretärs angetreten hat, blieb seine bisherige Stelle lange vakant. Anfang dieses Jahres übernahm die psychiatrische Fachärztin Frau Dr. Degano Kieser diese Stelle. Kieser hat in Triest gearbeitet, war ärztliche Leiterin

der Berliner Krisenpension, engagiert sich im Bereich der psychosozialen Versorgung von Migranten und befasst sich mit partizipativer Forschung und dialogischer Konzeptentwicklung. Aufgrund ihres breiten Portfolios abseits des psychiatrischen Mainstreams wächst die Zuversicht, dass sich Frau Dr. Kieser für die Belange der Berliner Sozial- und Gemeindepsychiatrie einsetzen wird. Und vielleicht bringt die Wiederholungswahl auch noch mal eine neue Dynamik in die Berliner Psychiatrielandschaft.